

Geschäftsstelle der lagE | Maschstraße 30 | 30169 Hannover

Niedersächsisches Kultusministerium

Postfach 161

30001 Hannover

Hannover, 12.09.2019

Stellungnahme zur Richtlinie Billigkeit

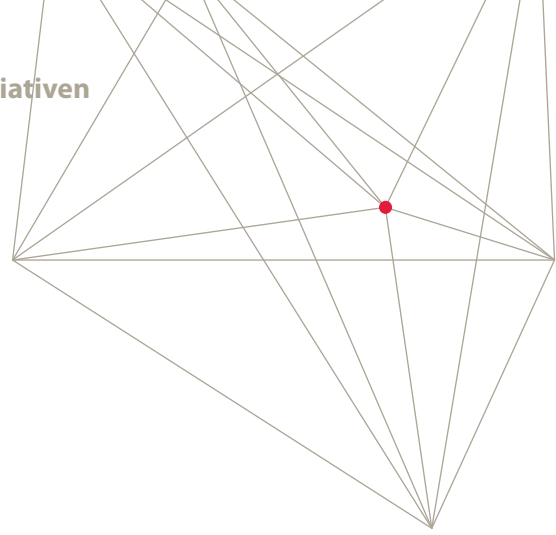
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu der Richtlinie Billigkeit Stellung beziehen zu dürfen.

Ob die befristete Summe des Härtefallfonds ausreichen wird, um die durch die Beitragsfreiheit entstehenden Defizite zu kompensieren, ist derzeit noch nicht einzuschätzen, aber wir möchten auch an dieser Stelle noch einmal unser Bedauern darüber ausdrücken, dass nicht alle Mittel aus dem KiQuEG für Maßnahmen zur Steigerung von Qualität eingesetzt worden sind.

Außerdem möchten wir zu bedenken geben, dass durch die Befristung und den Umfang des Härtefallfonds sowie durch die möglicherweise nicht ausreichende Dynamisierung die Gefahr besteht, dass ein entstehendes Defizit bei den örtlichen Trägern Folgen für die Kita-Finanzierung und damit auch für die Qualität vor Ort haben könnte.

Aus unserer Sicht, als Vertretung vieler kleiner Kitas, birgt die geplante Defizitausgleichsförderung Risiken. Die örtlichen Träger sind in diesem Verfahren zwar für den Defizitnachweis zuständig, dabei jedoch maßgeblich von den Daten abhängig, die sie von den Kitas erhalten. Obwohl wir als lagE über unsere Kontakt- und Beratungsstellen frühzeitig entsprechende Informationen an die Kitas unseres Trägerbereichs weitergeben, befürchten wir – insbesondere in der Übergangsphase – Nachteile für die kleinen, ehrenamtlich geführten Träger mit wechselnden Vorständen. Einigen von ihnen wird womöglich zunächst nicht bewusst sein, dass die Defiziterhebung durch die örtlichen Träger direkte Auswirkungen auf ihre Finanzierung haben wird und der Fall eintreten kann, dass die Kitas zu einem späteren Zeitpunkt noch zu erheblichen Rückzahlungen aufgefordert werden können.



Besonders schwierig wird in kita.web die Berechnung für Gruppen mit ungewöhnlichen Altersmischungen sein, und auch hier werden voraussichtlich eine Reihe ehrenamtlicher Elterninitiativen betroffen sein. Als lagE wünschen wir uns prozessbegleitend eine unterstützende Kommunikation und Informationspolitik gegenüber den Einrichtungen durch die Kommunen und auch seitens des Landes (z.B. über die Startseite von kita.web bzw. über flankierende Benachrichtigen per E-Mail).

Mit freundlichen Grüßen

Stefanie Lüpke